

**Wortprotokoll 24. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode****Donnerstag, 19. März 2026, 19.00 bis 21.15 Uhr
im Rathausaal**

Anwesend	38 Mitglieder des Gemeinderats 3 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Leitz, GR Semeraro, SR Brüllmann, SR Zülle
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsidentin Elina Müller
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Slavica Stella

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2026

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Wahlen

3. Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

4. Genehmigung des Investitionskredits über CHF 181'000.– für die Ertüchtigung des Hafenmeistergebäudes für die Nutzung als Informationsstelle Thurgau Tourismus ab 2027
5. Genehmigung eines jährlichen Betriebskostenbeitrags in Höhe von CHF 187'250.– (indexiert) für die Dauer von 10 Jahren an die Stiftung DAS TRÖSCH zur Führung des Begegnungszentrums DAS TRÖSCH

Postulate

6. Postulat Digitalisierungsmassnahmen Stadtverwaltung prüfen und fördern / Stellungnahme

7. Postulat Moratorium - Stopp des Rückbaus des Gasnetzes der Stadt Kreuzlingen - Kreuzlinger sollen die Wahlfreiheit des Energieträgers bis 2050 behalten / Stellungnahme
8. Postulat Unabhängige Personalbedarfsplanung der Stadtverwaltung Kreuzlingen / Begründung

Verschiedenes

9. Schriftliche Anfrage zum Thema Ausgangszeiten Bundesasylzentren Kreuzlingen / Beantwortung
10. Schriftliche Anfrage zum Thema Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung Kreuzlingen / Beantwortung
11. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin: Liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Stadträte, liebe Gäste, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung. Ganz besonders begrüssen möchte ich GR Esther Schiess, die heute ihre erste Gemeinderatssitzung hat. Ich wünsche dir viel Freude und gutes Gelingen in diesem Amt.

Traktandenliste

Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Die Ratspräsidentin: Aufgrund der Abwesenheit von GR Semeraro gibt es eine Vakanz bei den Stimmezählenden. Vorgeschlagen ist als Ersatz GR Keller. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Abstimmung

GR Keller wird einstimmig bei einer Enthaltung für die heutige Sitzung als Stimmezähler gewählt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2026

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 34 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Die Ratspräsidentin: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen Nr. 1 bis 8 und 10 bis 12 vor. Gegen die Einbürgerung Nr. 9 wurde ein Gegenantrag eingereicht. Dieses Einbürgerungsgesuch wird gemäss Gemeindeordnung ohne Diskussion zurückgestellt. Die gesuchstellende Person und die Einbürgerungskommission erhalten eine Frist für eine schriftliche Stellungnahme zuhanden des Gemeinderats. Danach entscheidet der Gemeinderat in geheimer Abstimmung über das Gesuch.

Entscheid

1. Die Einbürgerungsanträge Nr. 1 bis 8 und 10 bis 12 der Einbürgerungskommission werden genehmigt.
2. Das Einbürgerungsgesuch Nr. 9 wird gemäss Gemeindeordnung der Stadt Kreuzlingen Art. 26 Abs. 3 ohne Diskussion zurückgestellt.

Die Ratspräsidentin: Ihnen wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt. Herzlichen Glückwunsch! Ihre Gesuche werden jetzt noch vom Kanton behandelt. Bis Ihr Einbürgerungsverfahren ganz abgeschlossen ist, müssen Sie sich noch etwas gedulden. Es freut mich, dass Sie diesen Schritt gegangen sind und auch die politischen Mitbestimmungsrechte erwerben werden. Bitte nutzen Sie diese Rechte. Gehen Sie wählen und abstimmen oder engagieren Sie sich sogar in einer Partei. Vielleicht kandidieren Sie irgendwann für die Schulbehörde oder den Gemeinderat. Wir brauchen eine aktive Stimmbevölkerung, um unsere Demokratie sichern und weiterentwickeln zu können.

Wahlen

3. Ersatzwahl in die Kommissionen

Die Ratspräsidentin: Aufgrund der Wahl von Esther Schiess erfolgt die Ersatzwahl in die Kommissionen. Der Einladung zur heutigen Sitzung lag ein Vorschlag bei. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird einstimmig genehmigt.

Botschaften

4. Genehmigung des Investitionskredits über CHF 181'000.– für die Ertüchtigung des Hafenmeistergebäudes für die Nutzung als Informationsstelle Thurgau Tourismus ab 2027

Die Protokollführung: GR Ribezzi tritt in Ausstand. Das absolute Mehr beträgt 19.

Die Ratspräsidentin: Im Publikum begrüsse ich Adrian Braunwalder, Geschäftsleiter von Thurgau Tourismus. GR Ribezzi tritt für dieses Geschäft in den Ausstand.

Eintreten

GR Salzmann: Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich Nichteintreten auf diese Botschaft. Vor ein paar Wochen haben wir einen Brief an Thurgau Tourismus geschrieben, weil uns deren Position in dieser Botschaft nicht ganz klar erschienen ist. Dabei haben wir folgende fünf Fragen gestellt: 1. Wir haben vernommen, dass der Kanton Thurgau die Subvention Ihrer Institution massiv gekürzt haben soll. Können Sie uns dazu die Details erläutern? 2. Durch die Kürzung in Ihrer Institution wird ein Leistungsabbau erfolgen. Inwieweit ist die Filiale Kreuzlingen davon betroffen? 3. In einer modernen Welt recherchiert der Tourist im Internet und fährt, wenn er beispielsweise ein Tourist in Ermatingen ist, nicht extra nach Kreuzlingen, um ein paar Tourismusbroschüren abzuholen. Inwieweit würde ein virtuelles Thurgau Tourismus mit digitaler und telefonischer Beratung, Homepage, APP usw. und mit ein paar Broschürenstationen in Hotels und Restaurants ausreichen und ein unseres Erachtens antiquiertes Filialnetz nicht mehr notwendig machen? 4. Wieso soll die Stadt Kreuzlingen einen grossen Betrag investieren in eine neue Tourismusfiliale, wenn Sie einen Mietvertrag mit fast jederzeitiger Kündigungsmöglichkeit erhalten sollen? So liegt das ganze finanzielle Risiko bei der Stadt. Wären Sie bereit, das selber zu investieren? 5. Als wie hoch erachten Sie das Risiko, dass Sie aufgrund des kantonalen Spardrucks (Frage 1) und der modernen Gegebenheiten (Frage 3) die Filiale Kreuzlingen in den nächsten 15 Jahren ganz aufgeben werden? Von Geschäftsleiter Adrian Braunwalder haben wir folgende Antwort erhalten: "Der Kanton Thurgau hat am Freitag einen Bericht mit Sparmassnahmen vorgestellt, von denen unsere Organisation ab 2027 betroffen sein könnte. Geschäftsstelle und Vorstand von Thurgau Tourismus werden sich in nächster Zeit mit diesem Szenario befassen. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich derzeit Ihre Fragen, die sich auf allfällige Massnahmen daraus beziehen, nicht vorgehend beantworten kann." Darüber hinaus ist uns als FDP-Fraktion bekannt, dass Thurgau Tourismus auch schon Fünfjahresverträge abgeschlossen hat, was beim Projekt in dieser Botschaft aus Sicht von Thurgau Tourismus aus nachvollziehbaren Gründen nicht so toll ist und wogegen sie sich

verweigern. Wir denken, es ist besser, wenn sich unser Gegenüber, nämlich Thurgau Tourismus, welches von Kreuzlingen jährlich mit rund CHF 170'000 unterstützt wird, erst mal sortiert, damit es weiss, was es will. Es könnte beispielsweise mit dem Hafenmeister abmachen, dass es das Hafenmeistergebäude und den jetzigen Tourismusstandort für die Sommersaison 2026 gemeinsam nutzt, um auszutesten, ob die Lageverschiebung wirklich einen Effekt bringt. Das wäre einmal innovativ. Dazu bedarf es weder einer Botschaft an den Gemeinderat noch der Mitwirkung des Gemeinderats. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Zeitpunkt für diese Botschaft zu früh ist und ein Nichteintreten sinnvoller erscheint als die Ablehnung dieser Botschaft.

GR Kuntzemüller: Wir sind klar für Eintreten. Die Argumentation mit der Aufgaben- und Verzichtsplanning (AVP) überzeugt nicht. Das ist ein Vorschlag von Externen, und im Moment ist völlig offen, was davon überhaupt umgesetzt wird. Es wird noch eine politische Diskussion geben, und zwar keine kleine. Jetzt schon darauf mit Nichteintreten zu reagieren, ist aus unserer Sicht schlicht zu früh. Hinzu kommt, dass der Grosse Rat im Februar 2025 einer Motion zur Einführung einer Kurtaxe deutlich zugestimmt hat. In dieser Motion ist festgehalten, mit der neuen Steuer soll die Tourismusförderung im Kanton finanziert werden. Diese müsse von Gesetzes wegen insbesondere für die Information über touristische Angebote wie den Betrieb von Internetplattformen, Tourist Offices und weitere Projekte verwendet werden, die auch der einheimischen Bevölkerung dienen. Damit ist der politische Wille klar, unabhängig von der AVP die Tourismusförderung langfristig abzusichern. Auch Angebote wie Tourismusbüros gehören dazu. Deshalb sehen wir keinen Grund, heute davon auszugehen, dass diese Strukturen plötzlich wegbrechen werden. Ich bitte euch daher, auf diese Vorlage einzutreten.

GR Neuweiler: Eintretensdebatten hatten wir wohl seit 10 oder 15 Jahren keine mehr – ich kann mich fast nicht mehr erinnern wann zum letzten Mal. Aber wenn man Forderungen an den Stadtrat hat, wäre es meiner Meinung nach eher eine Rückweisung an den Stadtrat. Diese kann man am Anfang oder am Schluss der Behandlung einer Botschaft stellen. Nichteintreten heisst für mich, wie wir es früher einmal gelernt haben, wir wollen gar nicht darüber reden. Wie ich GR Salzmann verstanden habe, wollen sie später darüber reden, daher wäre aus meiner Sicht eine Rückweisung besser. Nichteintreten wird die SVP-Fraktion sicher ablehnen, weil es auf jeden Fall Diskussionsbedarf gibt.

Abstimmung

Der Antrag auf Nichteintreten wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt; Eintreten ist somit beschlossen.

GR L. Dal Dosso, Präsident Kommission BU: Die Ausgangslage ist bekannt, ich werde diese nicht wiederholen. Wir haben diese Vorlage intensiv und ziemlich lange diskutiert. Dabei haben sich im Prinzip drei Punkte herauskristallisiert. 1. Erfreuliche Kostenentwicklung: Das ursprüngliche Projekt mit Kosten in der Höhe von CHF 250'000 und jährlichen Mieteinnahmen von CHF 9'000 wurde im Rahmen der Budgetberatung letztes Jahr durch die Finanzkommission richtigerweise kritisch hinterfragt. Darauf folgte ein Antrag auf eine Botschaft an den Gemeinderat, dem zugestimmt wurde. Deshalb reden wir heute darüber. Das nun vorliegende Projekt konnte dank konkreten Offerten und durch die Übernahme der Bauleitung durch das Departement Gesellschaft auf CHF 181'000 reduziert werden. Die Kommission hat dies sehr erfreut zur Kenntnis genommen, vor allem weil diese Reduktion nicht durch eine Veränderung des ursprünglichen Projekts erreicht wurde. Wir kriegen das Gleiche, aber wesentlich günstiger. 2. Die Wirtschaftlichkeit ist attraktiv, aber mit Risiko. Der ausgehandelte Mietzins beträgt neu doppelt so viel, nämlich CHF 18'000 pro Jahr. Damit resultiert für die Stadt ein jährlicher Nettoertrag von knapp CHF 7'000. Gleichzeitig wurde in der Kommission klar festgestellt, dass ein finanzielles Risiko besteht. Die Amortisationsdauer ist relativ lang, und der Mieter kann gemäss Mietvertragsentwurf grundsätzlich jährlich kündigen. Eine Wiedervermietung zu ähnlichen Konditionen dürfte in diesem Fall schwierig sein. Es wurde daher angeregt, im Mietvertrag – soweit möglich – eine Mindestmietdauer vorzusehen. Wir haben bereits gehört, dass Thurgau Tourismus nicht darauf eingegangen ist, doch diese Information lag uns bei der Vorbereitung dieses Geschäfts nicht vor. Nutzen der Stadt: Hier gingen die Meinungen in der Kommission auseinander. Ein Teil der Kommission sieht in einem gut sichtbaren Tourismusbürostandort am Hafen einen wichtigen Beitrag zur Positionierung Kreuzlingens und zur

Willkommenskultur. Andere stellen den konkreten Mehrwert eines physischen Tourismusbüros in Zeiten der Digitalisierung grundsätzlich infrage. Wieder andere vertreten den Standpunkt, dass es eigentlich nicht Aufgabe der Kommission sei, die Attraktivität eines solchen Standorts zu beurteilen. Thurgau Tourismus würde es wohl wissen. Wichtig ist, die Diskussion drehte sich weniger um das Bauprojekt selbst, sondern stärker um die grundsätzliche Frage, welche Rolle und welchen Finanzaufwand die Stadt im Bereich Tourismus übernehmen soll. Die Kommission hat sich schliesslich mehrheitlich für die Vorlage ausgesprochen. In der Schlussabstimmung wurde die Botschaft mit 6 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen genehmigt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Vorlage aus baulicher Sicht sinnvoll und sorgfältig ausgearbeitet ist. Politisch bleibt es eine Abwägung zwischen finanziellem Risiko und strategischem Nutzen für die Stadt Kreuzlingen. Die Kommission empfiehlt Ihnen, dem Investitionskredit zuzustimmen.

GR Schindler: Der beantragte Investitionskredit von CHF 181'000 für die Ertüchtigung des Hafenmeistergebäudes gibt aus finanzieller Sicht wenig Anlass zur Kritik. Mit einem Pauschalmietzins von CHF 18'000 pro Jahr ergibt sich für die Stadt eine solide Ausgangslage. Bei einer längerfristigen Vermietung kann sogar ein Gewinn erzielt werden. Zudem ist der Standort grundsätzlich gut geeignet für ein Tourismusbüro. Die zentralen Fragen liegen aber nicht im finanziellen Bereich, sondern im tatsächlichen Nutzen dieses Projekts. Braucht es heute wirklich noch einen physischen Standort von Thurgau Tourismus? In einer Zeit, wo die meisten Touristinnen und Touristen Informationen online abrufen und Buchungen digital tätigen, erscheint der Mehrwert eines solchen Angebots vor Ort nicht klar. In diesem Zusammenhang teilen wir auch die Einschätzung des Stadtrats nicht vollständig. Wir gehen nicht davon aus, dass Gäste des Campingplatzes oder künftig aus dem geplanten Rekadorf den Weg auf sich nehmen, um das Tourismusbüro zu besuchen. Vielmehr werden die Informationen direkt vor Ort oder digital bezogen. Ein weiterer Punkt betrifft die Zukunftssicherheit dieser Investition. Was passiert, wenn Thurgau Tourismus den Standort zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgibt? SR Zülle hat zwar alternative Nutzungsmöglichkeiten wie Büros, Kiosk oder ein kleines Café erwähnt, wegen der Lage in der öffentlichen Zone gibt es hier aber Einschränkungen. Deshalb ist eine Nachnutzung aus unserer Sicht nicht ganz unproblematisch. Insbesondere eine private Büronutzung erscheint fraglich. Trotz diesen offenen Punkten stimmt die SVP-Fraktion dieser Vorlage grossmehrheitlich zu.

GR Kuntzemüller: Mit dem vorliegenden Geschäft entscheiden wir nicht einfach über den Umbau eines kleinen Gebäudes am Hafen. Wir entscheiden darüber, wie wir unsere Stadt an einem ihrer sichtbarsten Orte präsentieren wollen und welche Rolle der Tourismus in Kreuzlingen künftig spielen soll. Das Hafenmeistergebäude wird durch den barrierefreien Ausbau der Steganlagen seine ursprüngliche Funktion verlieren. Dabei ist die Frage also nicht, ob sich das Gebäude verändert, sondern wie wir es sinnvoll weiter nutzen wollen. Die jetzt vorgeschlagene Lösung ist aus unserer Sicht überzeugend. Der Hafenplatz ist einer der wichtigsten Ankunftsorte in unserer Stadt. Wer mit dem Schiff ankommt, wer dem See entlang spaziert oder mit dem Velo unterwegs ist, kommt hier vorbei. Ein Tourismusbüro an diesem Ort ist sichtbar und einfach auffindbar. Genau dort, wo Besucherinnen und Besucher Orientierung suchen. Die ursprünglich diskutierten Kosten wurden nach Prüfung reduziert. Auch der Mietzins wurde neu verhandelt und liegt jetzt bei jährlich CHF 18'000. Wichtig ist zudem, die Investition betrifft ein städtisches Gebäude. Wir investieren nicht in eine fremde Infrastruktur, sondern in den Unterhalt und die Weiterentwicklung eines Gebäudes, welches der Stadt gehört, also uns. Sogar wenn sich die Nutzung in Zukunft irgendwann ändern sollte, bleibt die Infrastruktur bestehen und kann auch anderweitig genutzt werden. In der Kommission wurde die grundsätzliche Frage gestellt, ob es im Zeitalter von Internet noch Tourismusbüros braucht. Diese Diskussion kann man natürlich führen, aber sie greift aus unserer Sicht zu kurz. Ein Tourismusbüro ist heute mehr als nur ein Schalter für Hotelbuchungen. Es ist eine Anlaufstelle und ein sichtbares Zeichen der Gastfreundschaft und Teil des Stadtmarketings. Es geht darum, Besucher willkommen zu heissen, ihnen Aktivitäten, Veranstaltungen und Angebote in unserer Region näherzubringen und damit Wertschöpfung in der Region zu schaffen. Ein kleiner Wermutstropfen bleibt vielleicht doch, nämlich, dass das Gebäude nur in den Sommermonaten genutzt werden kann. Das hängt damit zusammen, dass auf eine Isolation bewusst verzichtet wurde, was die Kosten entsprechend tief hält. Vielleicht findet sich trotzdem eine originelle Idee, wie das Häuschen nach Rücksprache mit den Beteiligten auch in den

kälteren Monaten bespielt werden kann. Natürlich bleibt grundsätzlich ein gewisses Risiko bestehen, aber dieses Risiko ist aus unserer Sicht überschaubar und für eine Stadt unserer Grösse vertretbar. Für uns ist deshalb klar, mit dieser Investition stärken wir die touristische Sichtbarkeit unserer Stadt. Wir nutzen ein bestehendes Gebäude sinnvoll weiter und wir tun das zu verhältnismässig guten Kosten. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion unterstützt deshalb den beantragten Investitionskredit und wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen.

GR L. Dal Dosso: Ich darf die Fraktionsmeinung der FL/G/GLP darlegen. Die Argumente haben wir gehört: Es gibt ein Risiko, aber auch einen Nutzen für die Stadt, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Das Risiko ist aufgrund der möglichen Sparmassnahmen grösser geworden. Aber in der Fraktion wurde auch angemerkt, dass die Informationsstelle in Kreuzlingen gemäss vorliegenden Angaben die meistfrequentierte im Kanton ist und daher im Rahmen von Sparmassnahmen vielleicht eher andere Standorte zur Disposition stehen dürften. Kreuzlingen hat da also eine wichtige Position. Letztlich überwog in unserer Fraktion die Einschätzung, dass ein gut sichtbarer Informationsstand dort an dieser Lage für Kreuzlingen wichtig ist. Deshalb stimmt die Fraktion der Vorlage grossmehrheitlich zu.

GR Andres: In der Mitte/EVP-Fraktion haben wir die Botschaft zum Investitionskredit beraten, und wir sind überzeugt davon, dass es sich um ein ausgewogenes Projekt mit einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis handelt. Das Risiko wurde angesprochen, aber wir halten dieses für tragbar. Es ist begrenzt, auch wenn keine fixe Mietdauer vereinbart worden ist. Wir erachten den Standort am Hafen für richtig. Wie auch Thurgau Tourismus ausgeführt hat, ist die Mikrolage entscheidend für die Frequenzen einer Tourismusingostelle. Momentan ist es, wie uns gesagt wurde, sogar so, dass die Hafenmeister teilweise mit dem Auskunftsbüro verwechselt werden. Daher ist es ein natürlicher Standort für ein Tourismusbüro. Der Bedarf ist vorhanden. Kreuzlingen hat jetzt schon die meisten Beratungen und die längsten Öffnungszeiten aller Tourismusingostellen im Thurgau, und wir sind überzeugt, die Frequenzen werden am neuen Standort nochmals ansteigen. Zudem sind wir überzeugt, dass auch in Zeiten der Digitalisierung eine Beratung vor Ort einen Mehrwert schaffen kann. Aus diesen Gründen hat sich die Mitte/EVP-Fraktion einstimmig für die Botschaft ausgesprochen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 3 Finanzierung

GR L. Dal Dosso: Wir haben in der Kommission besprochen, dass der Ertrag vielleicht noch ein bisschen höher sein könnte. Auf dem Dach befindet sich eine PV-Anlage von 14 kWp. Wir wissen noch nicht, wie die Konditionen sein werden, aber einige Hundert Franken könnten da für die Stadt noch herauspringen. Das wäre ein kleines Plus für das Gebäude, wie es heute konzipiert ist.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Protokollführung: *GR Ribezzi ist nicht mehr im Ausstand. Das absolute Mehr beträgt wieder 20.*

5. Genehmigung eines jährlichen Betriebskostenbeitrags in Höhe von CHF 187'250.– (indexiert) für die Dauer von 10 Jahren an die Stiftung DAS TRÖSCH zur Führung des Begegnungszentrums DAS TRÖSCH

Die Ratspräsidentin: Im Publikum begrüsse ich die Stifter Monika und Christoph Roell.

Eintreten ist unbestritten.

GR C. Brändli, Präsident GKS: Die Kommission GKS ist der Meinung, dass DAS TRÖSCH eine absolute Erfolgsgeschichte ist. Sie können es auch verkraften, wenn irgendwann die Fraktionen, Parteien und eventuell die Verwaltung ins neue Stadthaus umziehen und DAS TRÖSCH dann nicht mehr so stark frequentiert wird. Den Beilagen kann entnommen werden, wie stark DAS TRÖSCH frequentiert ist. Die Mitglieder der GKS haben einstimmig für diese Botschaft gestimmt.

GR Knöpfli: DAS TRÖSCH ist zu einer nicht mehr wegzudenkenden Institution von Kreuzlingen geworden. Das belegen auf der einen Seite die rund 1'500 Buchungen pro Jahr und rund 100 eigene öffentliche Veranstaltungen und auf der anderen Seite eine ziemlich diskussionslose Kommissionssitzung. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht ganz verwunderlich, dass in der FDP-Fraktion diese Botschaft ebenfalls im Schnelldurchlauf durchgewinkt wurde. Ich erlaube mir noch zwei ganz kleine Randbemerkungen: Dass die Mieten für Langzeitverhältnisse der Teuerung angepasst worden sind, finden wir gut, dass die Einzelmieten diesen Schritt nicht erfahren haben ebenfalls. Und mit einer ein bisschen kürzeren Review-Zeit als die zehn Jahre hätte man sich unsererseits auch anfreunden können. Ich nutze die Zeit an dieser Stelle, um einen Dank auszusprechen, und zwar diesmal einen Dank an die Verantwortlichen vom DAS TRÖSCH bzw. den Schreibenden für den superguten Tätigkeitsbericht in Beilage 1. Lebendig, echt und nah. Ich glaube, wer das gelesen und sich in einen Tag im DAS TRÖSCH hineinversetzt hat, hat wirklich keine Fragen mehr zu Sinn und Unsinn dieses Hauses. Deshalb gibt es von der FDP-Fraktion ein fast einstimmiges und uneingeschränktes Ja zum vorliegenden Betriebskostenbeitrag.

GR Be Nissa: Die Mitte/EVP-Fraktion steht überzeugt hinter dieser Botschaft. Das Begegnungszentrum DAS TRÖSCH wurde vor dem Bau durchaus intensiv diskutiert. Umso erfreulicher ist es, heute feststellen zu dürfen, dass das Projekt sehr gelungen ist. Es hat sich zu einem echten Treffpunkt für unsere Stadt entwickelt. Gemäss Betriebskonzept der Stiftung dient DAS TRÖSCH als Begegnungsort für die gesamte Bevölkerung, fördert das gesellschaftliche Miteinander und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Genauso wird das heute auch gelebt. Mit den rund 1'500 Anlässen pro Jahr - mehrheitlich von lokalen Vereinen und Organisationen - zeigt sich eindeutig, wie gross das Bedürfnis und die breite Nutzung ist. Besonders hervorheben möchten wir, dass rund 60 Prozent der Mittel selber erwirtschaftet werden, zum Beispiel durch Mieteinnahmen. Die 40 Prozent, welche die Stadt beiträgt, werden gezielt für gemeinnützige Ziele und für notwendige Rückstellungen für den Gebäudeunterhalt genutzt. Diese Weitsicht und finanzielle Verantwortung begrüßen wir sehr. Auch unsere Fraktion möchte sich für das Engagement und für die Führung dieser Stiftung bedanken, ganz besonders bei Monika und Christoph Roell sowie bei der Betriebsleiterin Marianne Wettstein für ihre Initiative, Professionalität und für ihr Herzblut. DAS TRÖSCH ist eine echte Bereicherung für Kreuzlingen, und aus all den genannten Gründen stimmt die Mitte/EVP-Fraktion der Botschaft einstimmig zu.

GR Ricklin: Die SVP-Fraktion ist einstimmig bereit, den jährlich indexierten Betriebskostenbeitrag von CHF 187'250 an die Stiftung DAS TRÖSCH zu genehmigen. Das Zentrum ist etabliert, gut genutzt und für zahlreiche Vereine, Organisationen sowie Einwohnerinnen und Einwohner zu einem festen Bestandteil des Kreuzlinger Alltags geworden. Mehr als 1'500 Anlässe und rund 25'000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr zeigen, dass das Angebot effektiv genutzt wird und einen klaren Bedarf abdeckt. Deshalb ist entscheidend, für was wir heute Ja sagen. Mit diesem Beitrag sichern wir nämlich nicht einfach ein Gebäude, sondern einen niederschweligen Ort mit bewusst tiefen Mieten für Kreuzlinger Vereine, soziale Institutionen und nichtkommerzielle Angebote. Gleichzeitig beschliesst der Gemeinderat aber auch eine Verpflichtung über zehn Jahre mit einem fixen, indexierten Beitrag. Unsere Kritik richtet sich deshalb nicht gegen DAS TRÖSCH, sondern gegen die Länge dieser Bindung. Zehn Jahre sind aus Sicht der SVP-Fraktion sehr lang und reduzieren den politischen und finanziellen Spielraum künftiger Entscheidungen. Die Planungssicherheit für die Stiftung ist nachvollziehbar, die Planungssicherheit für die Stadtfinanzen auch. Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie verhindern wir, dass aus einem heute gut begründeten Entscheid morgen eine Belastung wird? Wenn wir für zehn Jahre "Ja" sagen, erwarten wir, dass bei spürbaren Veränderungen der Rahmenbedingungen, sei es finanziell, strukturell oder hinsichtlich der Nutzung, zeitnah reagiert wird und nicht erst in zehn Jahren, und dass sich die Stadt auch im Grundsatz mit langfristigen Verpflichtungen zurückhält, damit der Handlungsspielraum in den kommenden Jahren nicht Schritt für Schritt erodiert. Im Ergebnis halten wir

fest: DAS TRÖSCH leistet einen klar erkennbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben. Die Stiftung arbeitet solide, und der Nutzen für die Bevölkerung ist ausgewiesen. Unter diesen Voraussetzungen sind wir bereit, dem Betriebskostenbeitrag für zehn Jahre zuzustimmen. Nicht als Blankoscheck, sondern in der Erwartung, dass Wirkung und Finanzen beobachtet und politisch verantwortet werden.

GR R. Herzog: Viele von uns, ich würde fast sagen, alle von uns, kennen und nutzen DAS TRÖSCH. Für viele Anlässe steht sonst in der Stadt kaum eine Infrastruktur zur Verfügung, geeignete Räumlichkeiten sind über die letzten Jahre und Jahrzehnte nach und nach verschwunden. DAS TRÖSCH wird geschätzt und das Angebot rege genutzt. Damit dieses Angebot für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Kreuzlingen, für Vereine und Institutionen auch weiterhin zur Verfügung stehen kann, und zwar kostengünstig zur Verfügung stehen kann, braucht es eine Erhöhung des jährlichen Betriebskostenbeitrags der Stadt Kreuzlingen. Dieser soll weiterhin gesprochen werden und zudem indiziert werden, und er soll auch ganz bewusst auf lange Frist, nämlich für zehn Jahre gesichert werden. Gute Sachen soll man sich für lange Zeit sichern und nicht dauernd wieder darüber diskutieren und entscheiden müssen. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion ist froh über dieses Angebot für alle Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger und wird der Vorlage geschlossen zustimmen.

GR Wolfender: Die FL/G/GLP-Fraktion hat sich mit der Vorlage für den Betriebskostenbeitrag für DAS TRÖSCH eingehend beschäftigt. Seit dem Bestehen des DAS TRÖSCH, sei es unter der Führung des Departements Gesellschaft oder jetzt durch die Stiftung, ist das Haus ein Erfolgsmodell. Gut frequentierte Räumlichkeiten zu moderaten Preisen vor allem für Kreuzlinger Vereine haben sich sehr bewährt. Auch der Preis für die Stadt liegt aus unserer Sicht absolut im Rahmen, vor allem wenn man daran denkt, dass wir mit dem Vorgängermodell, dem Begegnungszentrum Bären, in der Regel pro Jahr doppelt so viel ausgegeben haben, als jetzt zur Debatte steht. Aus diesen Gründen ist die FL/G/GLP-Fraktion einstimmig für die Annahme dieser Botschaft. Wir sind auch froh zu hören, dass DAS TRÖSCH nicht auf unsere CHF 250 Fraktionsmiete angewiesen ist, damit auch wir das geniessen können, was die FDP-Fraktion jetzt schon genießt.

GR Schulthess: Es ist ein bisschen schade. Als wir 2019 dieser Übernahme des DAS TRÖSCH in die Stadt Kreuzlingen zugestimmt haben – ich habe übrigens auch zugestimmt –, gab es bereits Bedenken, dass es nicht bei diesem Betriebsbeitrag bleiben wird. Damals wurde er von 2019 bis 2029 festgesetzt. Wir haben noch nicht 2029, das läuft also noch. Seitdem haben wir ihn mehrfach erhöht. Damals haben wir Zahlen und Budgets erhalten, recht präzise, die sich jetzt als falsch erweisen. Es ist eigentlich schade, wenn wir Sachen erhalten und studieren, die am Schluss keine Entscheidungsgrundlage sind. Erhöht doch bitte die Nutzungsgebühren im DAS TRÖSCH, erhöht die Mieten auf einen marktüblichen Stand, ersetzt die ganzen NGO-Mieter durch solche, die einen marktüblichen Zins bezahlen, stellt PH-Studenten ein statt städtische Mitarbeiter, die halt jedes Jahr 1.4 Prozent mehr Lohn erhalten, vergebte die Reinigung extern statt 30 Stunden mit eigenen Leuten zu bewerkstelligen. Aber bitte, diese Finanzierungslücke soll DAS TRÖSCH lösen und nicht der Steuerzahler. Aus diesem Grund lehne ich diese Botschaft ab.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

(Keine Wortmeldungen)

Rückkommen

GR Salzman: Ich finde DAS TRÖSCH wirklich auch eine wunderbare Sache und stimme allem zu, was wir gehört haben. Es ist es wert, dass wir den Beitrag jährlich aufwenden und es unterstützen. Aber wir haben in der Politik auch unsere Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern, die das finanzieren. In letzter Zeit versuchen immer mehr Subventionsempfänger, ihre Subventionen auf Jahre hinaus zu fixieren, sei es zum Beispiel durch einen künstlich reduzierten Baurechtszins oder sei es mit solchen Botschaften, wie wir sie heute auf dem Tisch haben. Ich verstehe dabei den Subventionsempfänger voll und ganz. Sie wollen eine Sicherheit, damit ihre Organisation und die damit zusammenhängenden

Arbeitsplätze abgesichert werden können. Damit werden aber die Subventionsempfänger mit Sicherheiten, in diesem Fall DAS TRÖSCH, gegenüber Subventionsempfängern ohne Sicherheiten bevorzugt. Wir haben grosse Subventionsempfänger in den Bereichen Kultur und Sport ohne Sicherheiten, welche jährlich im Budgetprozess ihre Subventionen erhalten. Bei denen hängen übrigens auch ganze Organisationen und viele Arbeitsplätze dran. In unserer heutigen sehr volatilen Welt, in der geglaubte Sicherheiten einer im Kant'schen Sinn aufgeklärten und vernunftorientierten Werteordnung schwindet, übrigens in allen politischen Lagern, gibt es immer mehr Unsicherheiten hinsichtlich Steuereinnahmen, die es benötigt, um obige Subventionen überhaupt gewähren zu können. Wir wissen, in Deutschland, das immer ein bisschen konsequenter unterwegs ist als die pragmatische Schweiz, bricht kommunal der Steuerbetrag dermassen weg, dass alles infrage gestellt wird. Ob uns das auch irgendwann ereilt, wissen wir nicht, Vorsicht ist geboten. Sollten wir also irgendwann gezwungen werden, alles infrage zu stellen und wirklich hässliche Budgetdebatten zu führen, was wir bis jetzt nicht mussten, werden wir gezwungen sein, den Subventionsempfängern mit langfristiger Sicherheit alles zu bezahlen. Liebe GR Ricklin, da gibt es dann keine Diskussionen, wie ihr von der SVP glaubt. Die bekommen dann alles, weil es in den Verträgen und in der Botschaft so steht. Und zwar auf Kosten derer, die ohne Sicherheiten dem jährlichen Budgetprozess ausgeliefert sind. Ich empfinde das persönlich als ungerecht. Die finanzpolitischen Grundsätze der Stadt Kreuzlingen, die sich der Stadtrat gegeben hat, äussern sich zu dieser Problematik nicht. Und es wäre sicherlich sinnvoll, wenn der Stadtrat sich aus strategischer Sicht darüber Gedanken macht, wie er eine Balance finden kann zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Subventionsempfänger und der Reaktionsfähigkeit der Politik auf die Volatilität der Welt. Nochmals: DAS TRÖSCH ist eine tolle Sache, und ich werde, wenn es finanziell so weiterläuft, gern jedes Jahr im Budget diesem Betrag zustimmen. Es braucht wirklich viel, um da Abstriche machen zu müssen, aber aus Fairnessgründen allen anderen Subventionsempfängern gegenüber, die keine Sicherheiten erhalten, werde ich mich heute leider nur enthalten können.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung angenommen.

Postulate

6. Postulat Digitalisierungsmassnahmen Stadtverwaltung prüfen und fördern / Stellungnahme

Die Ratspräsidentin: An der Sitzung vom 12. Juni 2025 wurde das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

GR Zülle: Die Stellungnahme des Stadtrats zeigt, dass die Stadt Kreuzlingen bereits intensiv mit der Frage der Digitalisierung beschäftigt ist. Das ist grundsätzlich wirklich sehr erfreulich. Hingegen beschreibt der Stadtrat in seiner Stellungnahme aber, dass die Nutzung gewisser bereits vorhandener digitaler Dienstleistungen kaum vorhanden ist. Gerade deshalb fällt der Antrag auf eine Ablehnung des Postulats für mich ein bisschen schwer nachvollziehbar aus. Denn wir sprechen hier nicht über die Einführung konkreter Projekte oder zusätzliche Ausgabenbeschlüsse, sondern wir sprechen darüber, dass im Bereich Digitalisierung einfach kein konkretes Konzept vorhanden ist. Ohne das erscheint der Effort im Bereich Digitalisierung seitens der Stadt eher klein. Wir müssen nicht auf bessere Zeiten warten, sondern die Zeit nutzen und die Digitalisierung aus Überzeugung umsetzen. Das dient letztlich der Effizienzsteigerung, der modernen Dienstleistungsstadt, aber auch als Arbeitgeber bleiben wir so interessant und modern. Wenn digitale Projekte eingeführt werden, müssen sie bewirtschaftet, beworben, mitgetragen und eingesetzt werden. Die digitalen Angebote müssen einfach, klar und sicher sein. Die Digitalisierung verändert die Erwartungen der Bevölkerung an die öffentliche Verwaltung. Viele Städte und Gemeinden entwickeln derzeit neue Lösungen, um Dienstleistungen einfacher zugänglich zu machen oder Prozesse effizienter zu gestalten. Es ist in meinen Augen durchaus legitim und auch sinnvoll, wenn der Gemeinderat von Zeit zu Zeit eine Standortbestimmung verlangt. Wer dieses Postulat ablehnt, sagt letztlich, wir wollen diese Frage gar nicht erst vertieft prüfen. Und genau das erscheint mir in einem so dynamischen Bereich wie der Digitalisierung nicht besonders überzeugend. Die Annahme des Postulats verpflichtet den Stadtrat zu einer vertieften Auslegeordnung.

Sie schafft Transparenz und gibt dem Gemeinderat fundierte Grundlagen für eine spätere Entscheidungsfindung. Die Mitte/EVP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu, und ich bitte auch Sie, das Postulat anzunehmen.

GR R. Herzog: Der Stadtrat hat aus unserer Sicht über das Thema im Rahmen seiner Antwort eingehend informiert. Und zwar über den aktuellen Stand und zu erwartende weitere Massnahmen im Bereich der Digitalisierung. Digitalisierungsmassnahmen sollen bzw. können grundsätzlich zwei Ziele verfolgen: Effizienzsteigerung und damit allenfalls Kosteneinsparungen bei der Verwaltung und andererseits Bürgernähe, verbesserten Service public für die Einwohnerinnen und Einwohner von Kreuzlingen. Nicht alle Digitalisierungsmassnahmen können beiden Zielen dienen, manchmal sind sogar höhere Kosten das Resultat von Digitalisierungsmassnahmen. Das kann im Sinne des zweiten Ziels besserer Leistungen sinnvoll sein – oder auch nicht. Generell erachten wir diese Aufgabe aber ganz klar als exekutive Aufgabe und halten es eigentlich nicht für nötig, durch legislative Vorgaben einzuschreiten. Verwaltung und Exekutive sind aus unserer Sicht eigentlich kompetenter, im täglichen Geschäft zu entscheiden, welche Digitalisierungsmassnahmen in Zukunft sinnvoll und zielführend sind. Wir haben den Eindruck, dass sich der Stadtrat der Bedeutung dieser Massnahmen bewusst ist und die entsprechenden Abklärungen in der Vergangenheit getroffen hat, laufend trifft und sicher auch in Zukunft treffen wird. Wir sehen den Stadtrat und die Verwaltung auf dem richtigen Weg im Sinn von Abschätzung von Nutzen und Kosten. In diesem Sinn erachten wir das Anliegen des Vorstosses als eigentlich bereits erfüllt und sind nicht der Meinung, dass eine Zustimmung zum Postulat sehr viel bringt und zielführend wäre.

GR Salzmann: Die FDP-Fraktion findet das einen sehr gelungenen Vorstoss von der Mitte-Fraktion. Aber die mündliche Begründung, ganz praktisch mit QR-Kleber an Strassenlaternen, ich ergänze das noch mit übervollen Abfallkörben usw. könnte man das ausweiten. Das ist eine sehr pragmatische und einfach umsetzbare Idee. Noch besser Sensoren für Störungen oder übervolle Abfallkörbe mit Sensoren. Alles schon lange diskutiert in diesem Gemeinderat, bereits vor zehn Jahren. Passiert ist nichts. Schade, dass der Stadtrat das mit der Ablehnungsempfehlung blockiert. Es wäre doch relativ einfach umzusetzen. Auch der Chatbot ist keine grosse Sache, auch ein kleiner Schritt in die Digitalisierung. Befremdlich ist die Stellungnahme des Stadtrats insbesondere auf Seite 2 oben, also vor dem Kapitel 1. Das muss man vorlesen, denn das glaubt man gar nicht, dass man so etwas schreiben kann. "Des Weiteren ist zu bezweifeln, dass Angebote, die online von Bürgern genutzt werden, zu direkten Einsparungen beim städtischen Personal führen. Für die Kunden ist zwar der Bezug vermeintlich einfacher, jedoch entstehen oft im Backoffice zusätzliche Arbeiten, da Angaben falsch oder unvollständig sein könnten." Einfach ein Front-End für die Bürger hinzustellen, die dann auch noch falsche und unvollständige Angaben erfassen können, die nicht direkt durch das Formular selbst automatisiert plausibilisiert werden, ohne Anbindung an eine digitale Verarbeitung im Backoffice ist wahrlich keine Digitalisierung. Da darf man beim Stadtrat zu Recht bezweifeln, dass das Einsparungen bringt. Aber lieber Stadtrat, man muss es halt richtig machen. Da fehlt wohl das grundlegende Verständnis für das Thema. Das Thema ist wichtig, daher wird die FDP-Fraktion dem Postulat auch zustimmen. Aber liebe Mitte/EVP-Fraktion, liebe Ramona, ich bezweifle, dass es viel bringt. Denn wenn der Stadtrat das Thema der Digitalisierung offensichtlich gemäss diesem Zitat nicht durchdrungen hat, wird er es auch bei einer Annahme des Postulats nicht durchdringen.

GR Klauer: Ich halte mich kurz. Die SVP-Fraktion hat das Postulat genauso wie die Antwort des Stadtrats geprüft und ausführlich diskutiert. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung. Die SVP-Fraktion wird der Empfehlung des Stadtrats folgen und das Postulat einstimmig ablehnen.

STP Niederberger: Da muss ich meinem Parteikollegen natürlich vehement widersprechen. Aus meiner Sicht hat er in seinem Votum ein bisschen überritten. Das Postulat ist grundsätzlich sehr sympathisch. Und grundsätzlich tut es mir im Herzen weh, wenn ich es zur Ablehnung empfehlen muss. Aber man muss Folgendes sehen: Was GR Salzmann sagt, ist einfach falsch, dass der Stadtrat nichts macht. Es ist sinnvoll, dass man Digitalisierung macht. Und wir sind im Kanton Thurgau so innovativ, dass das eben nicht jede Gemeinde einzeln macht, sondern dass man es miteinander macht. Denn wenn jede Gemeinde anfängt, ihre Prozesse selber zu digitalisieren, gibt das erstens ein riesiges Chaos und zweitens Kosten für jede Gemeinde, wo dann wahrscheinlich von gewissen Leuten hier im Rat auch wieder kritisiert wird, wie teuer das ist. Ich sehe das an vorderster Front als Präsident des Verbands

Thurgauer Gemeinden (VTG). Es gibt eine klare Strategie des Kantons Thurgau, nämlich die Digitalisierungsstrategie. Der Kanton Thurgau hat vor drei oder vier Jahren ein Kompetenzzentrum Digitalisierung aufgebaut. Dort werden Digitalisierungsprojekte über den Kanton aufgebaut. Vom VTG aus sind wir da ebenfalls dabei und haben miteinander eine Strategie entwickelt und machen die Digitalisierung in unserem Kanton miteinander. Dafür gibt es Leistungsvereinbarungen, die der Kanton mit dem VTG hat, und wir vom VTG haben sie mit den Gemeinden. Von 80 Gemeinden machen 79 Gemeinden mit, also praktisch alle Gemeinden, die eingesehen haben, dass es nichts bringt, wenn jede Gemeinde für sich selber etwas herumwurstelt, sondern dass wir das miteinander machen müssen. Nur so kommen wir ans Ziel. Daher wurde ein Steuerungsausschuss gebildet, in dem Kanton und VTG paritätisch vertreten sind. Dort wurde ein Digitalisierungstopf gebildet, womit gemeindeübergreifende oder behördenübergreifende Prozesse digitalisiert werden. Also Prozesse, die sowohl den Kanton als auch die Gemeinden betreffen. Ein Beispiel, welches gerade ausgerollt wird, ist E-Bau, also der ganze Baubewilligungsprozess sowie E-Plan, also der Gestaltungsplanprozess, der dann in allen Gemeinden von der Eingabe bei der Gemeinde über den Kanton und wieder zurück digitalisiert funktionieren soll. Dabei kann jeder Bürger jederzeit schauen, wo sein Baugesuch sich gerade befindet. Das Projekt E-Bau kostet mehr als CHF 1 Mio. Gemeinden und Kanton füttern den Topf mit je CHF 1 pro Einwohner. Das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung Thurgau und wir vom VTG begleiten die Digitalisierung mit zwei Mitarbeiterinnen. Neu haben wir jetzt im VTG auch noch einen Topf, mit dem wir Projekte in den Gemeinden realisieren. Auch da machen 79 Gemeinden mit. Dabei digitalisieren wir gemeinsam Prozesse, die nur die Gemeinden betreffen, zum Beispiel das Einholen einer Wohnsitzbestätigung bis und mit Rechnungsstellung oder Bezahlung via Kreditkarte. Oder die Eingabe von Gastgewerbegesuchen. Gemeindespezifische Prozesse werden da digitalisiert. Unter schalter.tg.ch gibt es einen Bürgerschalter, von wo aus der Bürger alle Prozesse starten kann. Er muss dann nicht mehr auf der Seite der Stadt Kreuzlingen oder der Gemeinde Salmsach etwas suchen, sondern findet alles auf dem Bürgerschalter und kann dort bestellen, was er braucht. In diesem Bürgerschalter sind bereits etwa 100 Prozesse aufgeschaltet, weitere werden in den nächsten Jahren hinzukommen. Dass wir das im Kanton miteinander machen, erachte ich als sinnvolles Vorgehen. Wenn ich sehe, dass ein gemeindespezifischer Prozess rasch einmal CHF 100'000 Kosten kann, wäre das nicht effizient, wenn jede Gemeinde das selber machen müsste. Deshalb sind wir diesbezüglich im Kanton sehr gut unterwegs. Wenn jede Gemeinde das selber macht, wird es für jede Gemeinde viel teurer. Ich denke, der Start war gut und wird sich in den nächsten Jahren stark ausweiten. Woran wir vielleicht noch arbeiten müssen, und da hat GR Zülle recht, ist die Kommunikation, damit die Informationen auch zum Bürger kommen.

GR Zülle: Vielen Dank für diese Ausführungen. Genau solche Ausführungen haben mir in dieser Stellungnahme gefehlt. Zum Beispiel die Werbung für den digitalen Kundenshalter, der mir bestens bekannt ist, weil auch wir bereits jetzt sehr viele Dienstleistungen da drauf haben. Wir sind da sehr gut vertreten, und ich behaupte auch, dass die Stadt Kreuzlingen da wirklich schon einen grossen Effort leistet, aber es kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern noch nicht an. Es fehlt gänzlich die Kommunikation. Ich habe das Gefühl, dass man das mit ganz einfachen Mitteln verbessern könnte. Ich spreche da nicht von Millionen, die man ausgeben müsste, sondern von Briefen, die mit einem QR-Code versehen sind, womit man gleich zu den FAQ der Stadt Kreuzlingen gelangt. Das sind ganz einfache Mittel, mit denen man die Digitalisierung an den Nutzer bringen kann, damit sie effektiv genutzt werden und nicht jeder noch anruft oder eine E-Mail schreibt. Das ist nicht effizient, und das fehlt mir. Dieses Konzept hätte ich mir gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

7. Postulat Moratorium - Stopp des Rückbaus des Gasnetzes der Stadt Kreuzlingen - Kreuzlinger sollen die Wahlfreiheit des Energieträgers bis 2050 behalten / Stellungnahme

Die Ratspräsidentin: An der Sitzung vom 3. Juli 2025 wurde dieses Postulat an den Stadtrat überwiesen.

GR Schulthess: Was will dieses Postulat? Im Kern geht es um ein Moratorium, das heisst um einen Aufschub des Entscheids, unser teuer gebautes und gut unterhaltenes Gasleitungsnetz abzuschalten. Es geht also nicht darum, ob man Gas will oder ob man Gas nicht will, sondern es geht um eine Verschiebung des jetzt gefassten Entscheids durch Energie Kreuzlingen. Es will eine übereilte Entscheidung verhindern, und das in einem Umfeld, wo sich die Energiepolitik fast wöchentlich verändert. Und nein, es geht nicht darum, welcher Energieträger durch das Netz fliesst. Es geht auch nicht darum, ob man Gas gut oder schlecht findet. In der Beantwortung des Postulats kommt eigentlich recht stark herüber, als würde es um Gas oder nicht Gas gehen. Es geht im Kern um Vertrauen des Kunden, des Gasbezügers, des städtischen Gaskunden, der Investoren, die in Heizungen, Infrastrukturen und Technologien investieren, die langfristig planen können müssen. Eine Eigentümergeinschaft kauft eine Gasheizung und möchte diese gern während 30 Jahren betreiben. Wenn es dann plötzlich heisst, ihr bekommt in zehn Jahren kein Gas mehr, können sie ihre Investition nicht amortisieren. Mit solchen Regulierungen, mit denen man Kunden und Investoren vorschreibt, was für Energieträger sie zu nutzen haben, setzt man ein falsches Zeichen. Es ist auch falsch, dass der Energieversorger Politik macht. Politik machen wir hier im Saal. Kunden sollen selber bestimmen können, welchen Energieträger sie verwenden wollen. Und sie sollen auch selber bestimmen können, wen sie für den Aggressor in einem Krieg halten, das machen nicht unsere Werke. In der Beantwortung dieses Postulats schreibt der Stadtrat schönfärberisch, es sei eine Transformation. Es handelt sich aber um eine zwangsweise verordnete, künstliche Vorwegnahme von Tatsachen. Man setzt Kunden vor Tatsachen. Energie Kreuzlingen ist Monopolist, der Kunde kann nicht sagen, wenn man uns kein Gas mehr verkaufen will, kaufen wir es halt anderswo, sondern man ist dem ausgeliefert. Obwohl man das Netz bezahlt hat, bekommt man jetzt den Rückbau aufgezwungen, und zu allem Übel soll dieser Rückbau, wenn man genauer hinschaut, auch noch nur von den Gaskunden finanziert werden. Den Aufbau haben alle bezahlt, auch alle, die mit etwas anderem heizen, und der Rückbau soll den Gaskunden überantwortet werden. Weiter sagt der Stadtrat in seiner Beantwortung, die Wettbewerbsfähigkeit sei nicht gefährdet. Ich dachte eigentlich mehr an die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Wenn man auch in Zukunft Investoren für irgendwelche Grossinvestitionen gewinnen möchte wie das Seewasserkraftwerk, ein Wärmenetz in der ganzen Stadt, Anschluss an die KVA Weinfeld und ähnliche, 100 Millionen schwere Sachen, würde man gut daran tun, die privaten Partnerschaften nicht allzu sehr aufs Spiel zu setzen. Der Stadtrat schreibt, es gibt wirtschaftliche Alternativen. Es geht aber nicht um die Wirtschaftlichkeit der Gasheizung, sondern es geht darum, dass man sie gern abschreiben würde, es geht um die Amortisation. Das hat er in meiner Frage wahrscheinlich falsch verstanden. Weiter schreibt er in der Beantwortung, die Industrie könne bereits Alternativen wie Prozessgas, Biogas, Wasserstoff oder synthetische Brennstoffe nutzen. Natürlich, die brauchen aber ein Netz. Auch wenn man selber synthetisches Gas produziert, braucht man ein Netz, durch welches das dann fliesst. Das kann man als Industrie nicht alles selber verbrauchen. In der Antwort des Stadtrats ist zu lesen, das Gasnetz hindere die Erreichung der Klimaziele des Bundes. Auch das sehe ich anders. Der Besitz, den Betrieb und die Aufrechterhaltung eines Gasnetzes behindert die Klimaziele nicht. Es kommt darauf an, was damit passiert oder was durchfliesst. Das Netz an sich behindert die Klimaziele nicht. Dann habe ich noch eine Verständnisfrage, die mir der Stadtrat vielleicht noch beantworten kann. Er schreibt in der Beantwortung, es würde eine Leitung von rund 12 km brauchen und das koste viel Geld. Nach meinem Wissen läuft das Versorgungsgebiet vom Oberthurgauer See bis Bottighofen. Meine Intention war, unser Gasnetz dort anzuhängen, denn bis Bottighofen kommt das Gas von Österreich, Osten, Genua, und ab Kreuzlingen kommt das Gas bekanntlich aus Konstanz. Es gibt bekanntlich auch schon eine Notleitungsverbindung zwischen dem Hörnli Kreuzlingen, also ganz östlich, und Bottighofen, die einfach noch ein bisschen dünn ist. Aber nach meinem Dafürhalten, und so habe ich es beim Werkechef vernehmlassen lassen, braucht es

8 Meter und nicht 12 km Leitung. Aber vielleicht kann man mir da noch auf die Sprünge helfen. Ich empfehle jedenfalls das Postulat zur Annahme, und zwar weil es nicht um den Energieträger geht, sondern um ein Netz, welches einen sehr hohen Wert hat, gut unterhalten ist und einen grossen Nutzen hat und wir keinerlei Not haben, es vor 2050 abzubrechen.

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion stellt sich klar hinter die Ausführungen des Stadtrats. Die Stadt Kreuzlingen und Energie Kreuzlingen müssen sich an den technologischen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten orientieren. Der eingeschlagene und beschriebene Weg ist sinnvoll, keineswegs überhastet und lässt zeitlich wie technologisch genügend Spielraum für entsprechende Entwicklungen, die im Moment noch nicht genügend gut eingeschätzt werden können und vielleicht noch völlig unbekannt sind. In seiner Replik hat GR Schulthess angedeutet, dass es die Idee sei, denen mehr Sicherheit zu bieten, die am Gasnetz hängen oder jetzt eine Gasheizung installieren und dass der eingeschlagene Weg dem widerspreche. Das sehe ich genau umgekehrt. Der Verzicht auf einen klaren Entscheid und dessen Hinausschieben schafft aus meiner Sicht sehr viel mehr Unsicherheit, als wenn man sich jetzt dazu bekennt, diesen Weg weiter zu gehen. Dann weiss jeder, was ihn oder sie in den nächsten Jahren zu erwarten hat. Das wäre mir als potenzieller Kunde oder Investor sehr viel lieber. Vielleicht ist es nicht so angenehm, wenn ich jetzt umsteigen müsste, aber ich weiss es dann wenigstens. Am Ausstieg aus dem Erdgas und damit letztlich auch der Versorgung führt kein Weg vorbei, davon sind wir überzeugt, sei das aus ökologischen oder aus ökonomischen Gründen oder schlichtweg aufgrund der Verfügbarkeit dieses Energieträgers. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion wird daher dem Antrag des Stadtrats folgen.

GR Salzmann: Die FDP-Fraktion hat sich auch schon einmal mit dem Thema Gasnetz auseinandergesetzt. Vor etwa neun Monaten hatten wir dazu eine Diskussion und sind daher erfreut, wenn sich des Themas von einer völlig anderen politischen Richtung ebenfalls angenommen wird. GR R. Herzog, ich muss jetzt auf dein Votum eingehen. "Müssen sich an der wirtschaftlichen Realität orientieren". Seit wann hat unsere Energiepolitik etwas mit der wirtschaftlichen Realität in diesem Land zu tun? Das ist eine reine Planwirtschaft. Ich bin überrascht über eine solche Aussage. Dass wenn man etwas nicht einschätzen kann, ob es technologisch möglich ist oder nicht, man dann kein Moratorium will, verstehe ich auch nicht. Du willst, dass man etwas abschaltet, ohne dass du weisst, was nachher technisch möglich ist? Das scheint mir auch einigermaßen eigenartig zu sein. Das Moratorium ist selbstverständlich sinnvoll, und die FDP-Fraktion unterstützt dieses Postulat. Aber ich habe noch eine kleine Nebenbemerkung und eine Frage an den Stadtrat. Auf Seite 1 der Stellungnahme steht ganz unten: "Ab diesem Zeitpunkt wird über das überregionale Netz kein fossiles Erdgas mehr geliefert, sondern voraussichtlich nur noch Wasserstoff. Dies wurde von der Fernleitungsnetzbetreiberfirma Terranetz BW (Baden-Württemberg) offiziell kommuniziert und von den Stadtwerken Konstanz bestätigt." Ich kann mich erinnern, dass ihr, als wir vor neun Monaten über unsere Interpellation zum Thema Gasnetz diskutierten, genau dasselbe geschrieben habt. Ich habe damals schon moniert, dass das, was ihr schreibt, nicht ganz korrekt ist. Die Stadtwerke Konstanz bestätigen nämlich nur folgendes. Ich muss es halt nochmals vorlesen, vor neun Monaten habt ihr es offensichtlich nicht verstanden. "Wie eine Versorgung ab diesem Zeitpunkt aussieht, ist allerdings auch für uns noch unklar. Zwar ist davon auszugehen, dass es ab 2040 Wasserstoff sein wird, der durch die Leitungen strömt, aber weder gibt es hierzu eine definitive Aussage, noch gibt es eine Zusicherung von Mengen, die künftig geliefert werden können." Und dann schreiben sie noch weiter die Stadtwerke Konstanz: "Denn eine Energieversorgung ganz ohne Moleküle ist auch in Zukunft kaum vorstellbar." Ich habe damals schon moniert, dass ihr in eurer Stellungnahme etwas anderes schreibt, euch auf die Stadtwerke bezieht und dass diese Beilage etwas anderes aussagt. Jetzt macht ihr es wieder. Gibt es neue Informationen von den Stadtwerken Konstanz, die euch veranlassen, das Ganze nochmals zu wiederholen?

SR Beringer: Diese Frage kann ich gern beantworten. Wir schreiben "voraussichtlich". Voraussichtlich ist ein sehr relativer Begriff. Wir wissen es nicht konkret, aber wir schätzen es so ein, dass es so kommen wird. Aber ob es denn wirklich so ist, wissen wir genauso wenig wie du und ich, aber wir gehen davon aus, dass es so kommen könnte. Voraussichtlich ist für mich ein Begriff, den man in diesem Zusammenhang durchaus verwenden kann.

GR Schulthess: SR Beringer, ich hätte meine Frage auch noch gern beantwortet. Warum brauchen wir zwölf km Leitung und nicht 8 Meter?

SR Beringer: Auch diese Frage beantworte ich gern. Wenn wir nur 8 Meter brauchen würden, wie du es sagst, hätten wir das längst gemacht. Ihr müsst euch vorstellen, das Gasnetz vom Zweckverband Gasversorgung Oberthurgau-See (GOS) steht auf einem bestimmten Druck. Und wenn plötzlich mehr Gas nach Kreuzlingen kommen muss, als es vorher berechnet wurde, müssen zusätzliche Leitungen ersetzt werden, und zwar nicht nur diejenigen, die direkt nach Kreuzlingen führen. Das hat einen Rattenschwanz zur Folge, wo verschiedene andere Leitungen ebenfalls verstärkt werden müssen. Darum haben wir das zusammen mit der GOS abklären lassen. Wenn man diese Berechnungen anschaut, kommen wir auf 12 km Leitung, die wir finanzieren müssten, damit das Netz von GOS genügend Stabilität hat, um das Gas nach Kreuzlingen zu bringen.

GR Wiedl: Wenn nichts geliefert wird, kann auch nichts bezogen werden. Die Diskussion rund um CO₂-Emissionen wird intensiv und teils kontrovers geführt. Ich persönlich stehe dem auch kritisch gegenüber, aber das tut nichts zur Sache. Unabhängig unterschiedlicher Einschätzungen ist jedoch festzuhalten, dass auf Bundesebene klare gesetzliche Vorgaben bestehen, welche die Reduktion dieser Emissionen vorsehen. Ein zentraler Punkt ist, dass ab dem Jahr 2040 keine Gaslieferung mehr aus Konstanz kommt. Diese Rahmenbedingung ist gegeben und erfordert entsprechende Anpassungen auf kommunaler Ebene. Der SVP-Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Bevölkerung von Kreuzlingen möglichst lange Planungssicherheit hat und nicht unnötig zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird. Ein Moratorium für den Rückbau des Gasnetzes erscheint jedoch nicht zielführend, da es im Widerspruch zum übergeordneten Recht steht und langfristig notwendige Entwicklungen lediglich verzögert. Wenn nichts geliefert wird, kann auch nichts bezogen werden. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab und bittet im wahrsten Sinn des Wortes, die Energie für andere, umsetzbare Vorhaben sinnvoller zu nutzen.

GR L. Dal Dosso: Das ist nicht die Meinung der FL/G/GLP-Fraktion, sondern meine Meinung als Grünliberaler. Dieses Postulat spricht von Wahlfreiheit und Technologieoffenheit. Tatsächlich verlangt es aber vor allem nur eines, nämlich einen pauschalen Aufschub bis 2050. Aus grünliberaler Sicht ist das der falsche Weg. Technologieoffenheit heisst nicht, fossile Infrastruktur auf Vorrat zu konservieren. Technologieoffenheit heisst, nüchtern zu prüfen, wo bestehende Netze weiter genutzt oder später umgerüstet werden können und wo ein Rückbau sinnvoll ist. Genau diesen pragmatischen Weg geht der Stadtrat. Kein sofortiger Rückbau, Abschreibung der Anlagen bis 2050 und gleichzeitig Prüfung von Wasserstoff- und Biogasoptionen. Gleichzeitig zeigt die Entwicklung klar in eine Richtung. Der Gasverbrauch ist seit 2021 deutlich zurückgegangen. Bis 2025 wurden bereits zahlreiche Rückbauten von Zählern und Anschlüssen gemeldet. Auch der kommunale Energieplan sieht einen klaren Absenkpfad vor. Ein generelles Moratorium blendet diese Realität aus. Auch wirtschaftlich überzeugt mich das Postulat überhaupt nicht. Ein Anschluss an alternative Netze würde Investitionen von rund CHF 12 Mio. bzw. CHF 20-25 Mio. auslösen. Bei sinkender Nachfrage ist das keine vorsorgliche Politik, sondern ein teures Offenhalten aller Optionen. Darum sollten wir dieses Postulat nicht überweisen. Kreuzlingen braucht in dieser Frage weder Stillstand noch einen Hauruck-Abbau, sondern einen geordneten, sozialverträglichen und wirtschaftlich tragbaren Weg.

GR Schulthess: Technologieoffenheit ist, wenn man über ein Netz Wasserstoff, Wasser oder Gas legen kann. Das ist Technologieoffenheit. SR Beringer, ich hätte gern die Zahlen, die ihr habt, denn das Totschlägerargument, es kostet dann CHF 12 Mio., das ihr angeführt habt, ist mir ein bisschen zu einfach. Wenn ihr behauptet, dass es so ist, hätten diese Zahlen in die Beantwortung dieses Vorstosses gehört. Meiner Meinung nach läuft das Gas-Ostschweiz-Netz nicht so am Limit, dass man nicht zusätzliches Gas liefern kann. Ihr wisst selber, dass die Abnahmemengen stark sinken. Vermutlich bauen die Leute keine Gasheizungen mehr. Ihr sagt selber, dass jährlich 100 Zähler abgebaut werden, die Menge wird also tendenziell kleiner. Somit ist noch zu beweisen, dass man das bestehende Netz nicht noch finetunen kann.

Protokollführung: GR Dogru verlässt den Saal. Das absolute Mehr beträgt 19.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

8. Postulat Unabhängige Personalbedarfsplanung der Stadtverwaltung Kreuzlingen / Begründung

Die Ratspräsidentin: Das Postulat wurde an der Sitzung vom 22. Januar 2026 an den Stadtrat überwiesen.

GR Kuntzemüller: Die Diskussion über Stellenprozente beschäftigt uns im Gemeinderat regelmässig, vor allem im Rahmen der Budgetdebatten. Dabei diskutieren wir häufig über einzelne Stellen, ohne eine übergeordnete Sicht auf den gesamten Personalbedarf der Verwaltung zu haben. Und genau darum geht es. Eine mehrjährige Personalbedarfsplanung könnte aufzeigen, wie sich Aufgaben und gesetzliche Anforderungen auf die Verwaltung auswirken und wo tatsächlich Bedarf besteht – oder eben auch nicht. Gerade weil die Personalkosten einen grossen Teil unseres Budgets ausmachen, ist eine fundierte Grundlage wichtig. Eine solche Analyse kostet zwar etwas, kann aber helfen, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und langfristig bessere Entscheidungen zu treffen. Es ist sehr gut möglich, dass so langfristig Kosten eingespart werden können. Eine Personalbedarfsplanung kann zudem dabei helfen, Entwicklungsmöglichkeiten für heutige Mitarbeitende aufzuzeigen und dafür die notwendigen Weiterbildungen frühzeitig zu planen. Eine externe sachliche Sicht kann helfen, diese Fragen möglichst transparent zu beurteilen. Und genau darum bitten wir den Stadtrat mit diesem Postulat.

Protokollführung: GR Dogru kehrt in den Saal zurück. Das absolute Mehr beträgt wieder 20.

Verschiedenes

9. Schriftliche Anfrage zum Thema Ausgangszeiten Bundesasylzentren Kreuzlingen / Beantwortung

Die Ratspräsidentin: Der Einladung lag die Beantwortung des Stadtrats zu dieser Schriftlichen Anfrage bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

10. Schriftliche Anfrage zum Thema Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung Kreuzlingen / Beantwortung

Die Ratspräsidentin: Der Einladung lag die Beantwortung des Stadtrats zu dieser Schriftlichen Anfrage bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

11. Verschiedenes

11.1 Bericht über Besprechung Bundesasylzentrum

STP Niederberger: Ich möchte Sie über eine Besprechung zum Thema Bundesasylzentrum informieren, die wir von Seiten des Stadtrats hatten. Diese Besprechung hat am 16. März hier im Rathaus stattgefunden. Teilgenommen haben von Seiten des Bundes Marcel Suter, Vizedirektor SEM, von Seiten des Kantons Regierungsrätin Ruth Faller Graf, Polizeikommandant Jürg Zingg, Camillus Guhl, Leiter Migrationsamt und Max Steiner, Leiter Sozialamt. Anwesend waren zudem der ganze Stadtrat sowie der Stadtschreiber. Es ging in dieser Besprechung um einen Brief, den wir noch vor Weihnachten an den Kanton und an den Bund geschickt und womit wir aufgrund der Betriebsbewilligung, die Bund und Kanton mit dem Bundesasylzentrum haben, um ein Gespräch gebeten haben. Dabei wurden neben unterschiedlichen Themen zwei Themen besprochen, die ich besonders hervorheben möchte. Ein

Thema befasste sich mit den Kontrollen der Ausgangszeiten und möglichen Sanktionierungen bei Regelverstössen, das zweite Thema behandelte den Einlass von alkoholisierten und/oder renitenten Zentrumsbewohnern, was allenfalls einen Einfluss auf die Stadt im Aussenbereich hat. Ich komme zuerst zu zwei Faziten, die wir daraus gezogen haben. Fazit 1: Es war ein guter und wichtiger Austausch. Alle Seiten sind an einem offenen Austausch interessiert, bei dem man Probleme ansprechen und miteinander Lösungen suchen kann. Es wurde bestätigt, dass wir sowohl in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet haben und auch in der Zukunft gut zusammenarbeiten werden. Vom Vizedirektor des SEM wurde ausdrücklich bestätigt, dass die lokalen Player, die hier in Kreuzlingen und im Kanton für die Sicherheit im Bereich des Zentrums verantwortlich sind, sehr gut zusammenarbeiten. Er hat betont, dass dies nicht in allen Regionen der Fall ist und hier in Kreuzlingen sehr gut läuft. Fazit 2: Es ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten, weil wir festgestellt haben, dass der Handlungsspielraum auf lokaler Ebene recht klein ist. Grundsätzlich müssen wir festhalten, dass in diesem Bereich gesetzliche Rahmenbedingungen bestehen, die von allen, die in diesem Metier tätig sind, beachtet werden müssen. Diese Rahmenbedingungen können nicht kurzfristig geändert werden. Ich verweise hier auf die Rechtsstaatlichkeit, das Gewaltmonopol, welches nur bei der Polizei ist, die Menschenrechtskonvention usw. Es wurde auch festgehalten, dass, und das ist nicht nur in Kreuzlingen, sondern schweizweit so, 5-6 Prozent der Bewohner sich problematisch verhalten und dass das hauptsächlich Menschen aus den Maghreb-Staaten sind. Diese sind sehr beratungsresistent und verursachen in der Politik in der Schweiz am meisten Probleme. 94-95 Prozent machen keine Probleme. Massnahmen dagegen sind die Möglichkeiten der Ausgrenzungen. Die Polizei kann zusammen mit dem Migrationsamt ein Arealverbot erlassen, wobei bei einer Zuwiderhandlung gegen dieses Arealverbot Strafmassnahmen möglich sind. Die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und dem Migrationsamt funktioniert sehr gut. Uns wurde auch bestätigt, dass es im letzten Jahr Dutzende von Ausgrenzungen gab, wenn Bewohner sich nicht an diese Regeln hielten. Festgehalten wurde auch, dass die Polizei sehr rasch vor Ort ist, wenn sie beigezogen werden muss. Wir erinnern uns an die Auseinandersetzung vor dem Bundesasylzentrum, wo die Polizei 5 oder 6 Minuten nach dem Alarm bereits da war. Beim Asylzentrum in Kreuzlingen handelt es sich um ein Zentrum, bei dem die Leute, welche die Schweiz verlassen müssen, rückgeführt werden. Normalerweise dauert eine solche Rückführung 2-3 Monate. Bei Personen aus den Maghreb-Staaten sprechen wir von 6-12 Monaten, wobei die Rückführungsquote viel höher ist als bei anderen Nationalitäten. Schweizweit ist sie tiefer, der Thurgau ist da schon sehr effizient, aber es ist leider nicht einfach, Menschen aus dem Maghreb zurückzuführen. Zum Thema Ausgangszeiten: Die Ausgangszeiten sind in der Hausordnung geregelt. Bei der Eingangs- und Ausgangskontrolle, welche von der Securitas durchgeführt wird, wird jede Person, die das Asylzentrum verlässt und betritt, protokolliert. Wenn eine Person das Asylzentrum nach der Ausgangszeit verlassen will, wird mit ihr das Gespräch gesucht und sie auf die Regelungen hingewiesen. Allerdings kann man niemanden daran hindern, das Asylzentrum zu verlassen. Keine Person darf zurückgehalten werden. Es gibt keinen Handlungsspielraum und keine Eingriffsmöglichkeiten. Bei einem Regelverstoss kann es allerdings geringfügige Strafen geben. Zum Thema alkoholisierte und/oder renitente Zentrumsbewohner: Uns wurde versichert, dass alkoholisierte Bewohner ins Asylzentrum hineingelassen werden. Im Eingangsbereich gibt es einen Aufenthaltsraum, wo sie für ein paar Stunden untergebracht werden können, bevor sie in die Aufenthalts- und Schlafräume gehen, wo sich Familien und Kinder aufhalten. Schwierig ist es bei renitenten und aggressiven Bewohnern. Wenn Angst besteht, dass der Betrieb intern gestört wird oder Verletzungen in Kauf genommen werden müssen, muss die Kantonspolizei beigezogen werden. Dann braucht es eine andere Lösung, diese Menschen kann man nicht ins Zentrum hineinlassen. Der Bund testet aktuell ein neues System mit einem separaten Bereich für problematische Bewohner. Zwei Zentren im Tessin und im Mittelland werden entsprechend umgebaut, damit dieser Test stattfinden kann. Die Testergebnisse sollen nach einem halben Jahr ausgewertet werden und, wenn sie erfolgreich sind, auf andere Zentren überführt werden. Marcel Suter hat uns aber ganz klar gesagt, dass es drei Jahre dauert, bis diese Umsetzung erfolgt ist. Weiter hat er festgehalten, dass auch bei diesem Regime die Leute nicht gewaltsam zurückgehalten werden können. Generell gilt es zu sagen, dass beim Bund eine neue Asylstrategie erarbeitet wird, deren Umsetzung 2027 geplant ist. In dieser Asylstrategie sind

gewisse Verschärfungen angedacht, was letztlich aber auf politischer Ebene diskutiert werden muss. Damit allfällige Massnahmen umgesetzt werden können, die rechtlich zulässig sind, müssen Entscheidungen getroffen werden. Welches sind für uns lokal und im Kanton Massnahmen, die wir diskutieren konnten? Ein wichtiger Punkt ist, dass die Rückführungen beschleunigt werden. Daran hat auch der Kanton ein grosses Interesse. Für die Sicherheit innerhalb des Zentrums hat das SEM die Securitas angestellt, welche ab dem 1. April die VüCH ablöst und auch im Aussenbereich zuständig ist. Man erhofft sich eine Optimierung des Systems, wenn innerhalb und ausserhalb der gleiche Dienstleister für die Sicherheit zuständig ist, wobei der Bund auch höhere Ausbildungsanforderungen festgelegt hat. Leute, die hier im Einsatz sind, erhalten zusätzliche Ausbildungstage, damit sie diese Aufgabe ausführen können. Beim regelmässigen Austausch mit den Leitungen der Einkaufszentren werden die Themen Prävention, Sensibilisierung, Alkoholverkauf usw. verstärkt behandelt. Leider ist die Situation für die Geschäfte im direkten Umfeld des Bundesasylzentrums wie Landi, Aldi und Denner recht schwierig. Bewohner des Zentrums betreten die Geschäfte, nehmen sich eine Flasche Schnaps aus dem Regal und gehen hinaus, ohne zu bezahlen, weshalb die Geschäfte teilweise selber Sicherheitsdienste angestellt haben. Wir betrachten das als Hotspot und unterstützen da auch mit unserem Sicherheitsdienst. Optimierungsbedarf besteht im Austausch mit dem Sicherheitsdienst der SBB (Transportpolizei). Wir werden die Gespräche intensivieren, damit die Zusammenarbeit mit der Transportpolizei im Bereich des Bahnhofs verstärkt werden kann. Seit längerem gibt es den regelmässigen Abspracherapport, wo all die Sicherheitsplayer mit am Tisch sitzen. Da ist geplant, zusammen mit der Kantonspolizei und der Transportpolizei Schwerpunktaktionen zu besprechen. Das sind die Punkte, welche ich euch aus der Besprechung mitteilen möchte. Es war ein bisschen ernüchternd, doch wurde immer wieder die Rechtsstaatlichkeit erwähnt, die wir beachten und berücksichtigen müssen und dass die Menschen nicht einfach so eingesperrt werden können. Das ist an klare Verfahren gebunden.

11.2 Vernehmlassung Schlussbericht Aufgaben- und Verzichtsplanung 2025-2027

GR Salzmann: Gemäss kantonaler Medienmitteilung hat der Regierungsrat den externen Schlussbericht der ZHAW und der publicXdata AG zur Aufgaben- und Verzichtsplanung 2025-2027 zur Kenntnis genommen und, ohne Änderungen vorzunehmen, in eine interne und eine externe Vernehmlassung gegeben. Damit soll der kantonale Staatshaushalt um CHF 80 Mio. wiederkehrend entlastet, also saniert werden. Im Grunde genommen ein ganz wichtiger Schritt. Danach wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden. Meine Fragen an den Stadtrat: 1. Wird der Stadtrat sich vernehmen lassen, und was wäre der ungefähre Inhalt seiner Vernehmlassungsantwort? 2. Wird der Stadtrat seine Vernehmlassungsantwort veröffentlichen und allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zustellen? 3. Steht der Stadtrat diesbezüglich in Kontakt mit unseren 23 Kantonsräten und unseren zwei Regierungsräten aus dem Bezirk und den Nachbargemeinden?

STP Niederberger: Der Regierungsrat hat die ZHAW beauftragt, einen solchen Bericht auszuarbeiten, der mittlerweile vorliegt. Darin werden Vorschläge gemacht für Verzichtsmassnahmen, Reduktionsmassnahmen, einnahmeseitige Massnahmen und kostenanstiegsbremsende Massnahmen. Das ist eine Tour d'horizont durch die ganze Kantonsverwaltung und alle Institutionen. Interessant an diesem Bericht ist ein Satz, den ich kurz erwähnen möchte. Ein Benchmark mit anderen Kantonen stellt fest, dass in den meisten der zwölf betrachteten Leistungsbereiche vergleichsweise kosteneffizient gearbeitet wird. Das muss man einfach auch einmal festhalten. Nun liegt dieser Bericht einfach so auf dem Tisch, und der Regierungsrat hat ihn in eine dreimonatige Vernehmlassung gegeben. Ich muss das Vorgehen der Regierung leider kritisieren, dass sie einen Bericht in die Vernehmlassung gegeben hat, der völlig ungefiltert ist. Darin hat es ganz viele Fehler. Es werden Zahlen genannt, die schlichtweg nicht stimmen. Jetzt wird in den Organisationen, den Fraktionen und Parteien bereits geweibelt, und extrem viele Menschen befassen sich jetzt schon stundenlang mit diesem Bericht. Alle Fraktionen im Grossen Rat werden Klausuren machen. Ich bedaure, dass der Regierungsrat nicht erst einmal intern geschaut hat, ob überhaupt stimmt, was in diesem Bericht steht. So hätte er eine Vorpriorisierung vornehmen und damit in die Vernehmlassung gehen können. Aber das ist eine persönliche Bemerkung von mir. Wir

werden selbstverständlich von Seiten der Stadt auch eine Vernehmlassung machen. Wir haben bereits nächste Woche eine erste Sitzung. Alle Abteilungsleiter haben den Auftrag, dieses Papier zu studieren und zu evaluieren, was auf uns als Stadt welchen Einfluss hat. Dann werden wir eine Vernehmlassungsantwort vorbereiten und diese dem Stadtrat unterbreiten, danach wird der Stadtrat diese herausgeben. Dasselbe machen wir natürlich im VTG, wo wir für alle Gemeinden eine Vernehmlassungsantwort schreiben werden. Selbstverständlich können wir diese Vernehmlassungsantwort dem Gemeinderat zustellen. Im Moment laufen extrem viele Gespräche unter den Fraktionen, unter den Kantonsräten, auch hier im Bezirk laufen schon Gespräche. Die Vernehmlassungsfrist ist Anfang Mai, bis dahin wird das noch sehr viel zu reden geben. Wir sind dran und werden den Gemeinderat auf jeden Fall informieren.

11.3 Spezialkommission Verkehrsplanung – Inhalt Beratung und Vernehmlassung

GR Schulthess: Ich habe mir die vier Protokolle der Spezialkommission Verkehr genauer angeschaut und möchte wissen, welches der Unterschied dieser Kommission zur klassischen Kommission Bau und Umwelt ist, in der man diese Themen früher besprochen hat. Aus meiner Sicht sind sowohl die Themen dieselben, und auch die Leute, die in der Kommission sitzen, sind dieselben. Wieder wird über 20er-Zonen, 30er-Zonen, Begegnungszonen und Bäume gesprochen, die im Weg sind. Aus meiner Sicht war einmal die Intention, dass man es ein bisschen breit abstützt und auch Themen wie Verkehrsflüsse, die in der Bevölkerung zur Ablehnung von Projekten führen, mitberücksichtigt. Wenn ich das lese, ist es für mich ein bisschen ein Framing der städtischen Mitarbeiter zu den Gemeinderäten. Sie setzen Themen, und nur über diese wird gesprochen. Vielleicht habe ich nicht verstanden, was die Intention dieser Kommission ist, aber ich kann keinen Unterschied zu einer BU-Sitzung feststellen, die ich auch schon miterlebt habe.

GR Neuweiler: Dieser Fall ist sehr speziell. Es geht um den Richtplan Verkehr, was grundsätzlich Sache des Stadtrats und keine Angelegenheit der Legislative ist. Aber, wie GR Schulthess es gesagt hat, gibt es gewisse Probleme, die in der Bevölkerung zur Ablehnung führen. Wir haben eigentlich keinen Auftrag gefasst. Es hiess einfach, wir sollen diese Spezialkommission machen. Warum Spezialkommission? Eine solche hatten wir bei der Ortsplanung auch. Deshalb haben wir einen relativ kurzen Rhythmus von zwei Wochen, damit wir im Thema drinbleiben. Es geht vor allem um den Richtplan. Ziel wäre, dass man für die verfahrenere Situation Lösungen sucht und am Schluss einen Konsens findet. Es ist ein bisschen schwierig, denn das, was wir machen, gibt es im politischen System eigentlich nicht. Ich hoffe, dass wir einen Konsens finden, und wenn wir unter allen Parteien keinen Konsens finden, ist es das gewesen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Aber es ist schon recht intensiv, man muss den Richtplan durchhackern und ins Thema finden. Deshalb fand man, eine Spezialkommission macht Sinn, damit man sich wirklich einarbeiten kann. Denn wenn man nur alle sechs Wochen eine Sitzung hat, kommt man nicht vorwärts und ist auch nicht im Thema drin. Deshalb macht bei solchen Sachen eine Spezialkommission vielleicht schon Sinn. Das Ergebnis werden wir vielleicht in drei, vier oder fünf Monaten kundtun können, sofern es eines gibt. Auch wenn es keines gibt.

GR C. Brändli: Ich habe eine Anschlussfrage, weil du die Ortsplanungsrevision angesprochen hast. Habt ihr wie bei der Ortsplanungsrevision auch im Sinn, zum richtigen Zeitpunkt auch das Volk einzubeziehen und eine Vernehmlassung zu machen?

GR Neuweiler: Ich nehme an, du hast deinen Parteikollegen bereits gefragt, was etwa läuft. Das Problem ist, ein Richtplan hat eine Lebensdauer von 15 Jahren, vorher darf er eigentlich gar nicht angefasst werden. Weil der Kanton die Probleme teilweise auch sieht, hat er maximal eine Teilrevision bewilligt. Liest man den Richtplan, kann man bei Parkplätzen in diese oder jene Richtung gehen. Die Flugebene ist relativ hoch, man hat da relativ viele Gestaltungsmöglichkeiten. In etwa zwei oder drei Jahren beginnt die Bauverwaltung mit dem neuen Richtplan, denn das ist nicht so einfach. Es gibt ein Mitwirkungsrecht der Bevölkerung, aber dieser Prozess dauert drei oder vier Jahre. Dann ist noch die Frage, was bei einem Richtplan herauskommt. Man hat nicht wirklich viel Konkretes. Was die Stadt geplant hat, ist innerhalb des Richtplans, aber man könnte es auch anders planen. Diese Linien sind

nicht sehr scharf, man hat relativ viele Möglichkeiten. Deshalb, das ist kein Geheimnis, hat die Kommission beschlossen, es ohne Mitwirkung zu machen, weil eine Anpassung des Richtplans nicht so einfach ist und relativ lange dauert. Da gibt jedes Departement in Frauenfeld, welches sich nur ein bisschen zuständig fühlt, auch noch seinen Senf dazu, was, wie wir wissen, ewig dauert. Wie es am Schluss herauskommt, kann ich nicht sagen, aber das mit der Mitwirkung ist relativ schwierig. Wenn man den Richtplan ändert, muss das Mitwirkungsrecht gegeben werden, wobei sich die Frage stellt, ob man das drei oder vier Jahre vor einer Totalrevision machen will. Und gleichzeitig sollten wir jetzt auch mit ein paar Projekten ein bisschen vorwärtsmachen. Das ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden.

11.4 Microsoft-Lizenzpreiserhöhung

GR Schulthess: Im GPK-Protokoll von Ende 2025 wurde die von mir regelmässig bemängelte Microsoft-Lizenzpreiserhöhung auch besprochen. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass die Wettbewerbskommission des Bundes unterdessen eine Untersuchung gegen Microsoft lanciert hat und wegen dieser grossen Preiserhöhungen ermittelt wird, insbesondere bei Office 365 und Wettbewerbsbeschränkungen. Die nehmen ihre Kunden auf allen Ebenen aus. Wenn ihr das Protokoll gelesen habt, was ich hoffe, seht ihr, dass die lizenzgebende Firma, die das der Stadt Kreuzlingen verkauft, es elegant löst. Sie behauptet mutig, sie verkauft die Lizenzen zum Nettoeinkaufspreis. Genau. Man verkauft häufig im Handel etwas zum Nettoeinkaufspreis. Und sie erhebt eine Management-Fee-Pauschale von CHF 24'000. Nun behauptet die Stadt, dass das in dieser Form sonst niemand anbietet. Seltsam. Wie beim Teppichhändler. Ihr könnt auch 99 % auf den Teppich haben, wenn ihr wollt. Ich bitte darum, das weiterhin im Auge zu behalten, insbesondere die GPK. Ich werde in der nächsten Budgetsitzung garantiert wieder einen Antrag stellen, auch dann wieder erfolglos. Aber wichtig ist die Mitteilung, die Wettbewerbskommission des Bundes hat das Thema auf dem Tapet.

GR Gremlich: Ich möchte GR Schulthess kurz antworten. Wir haben das bewusst in der GPK angeschaut, du wirst es auch im GPK-Bericht lesen können. Das ist unter anderem auch auf meinem Mist gewachsen, weil wir jedes Jahr diese Diskussion über diese Lizenzgebühren haben. Wir haben einen ausführlichen Bericht erhalten. Ich bin vielleicht nicht so involviert wie du, was das Gesamtwissen anbelangt, aber diese Informationen waren sehr interessant. Du wirst es im GPK-Bericht detailliert nachlesen können.

11.5 Einladung Wiedereröffnung Seeburg

Die Ratspräsidentin: Ich darf euch informieren, dass die Gemeinderatsmitglieder bald eine Einladung zur Wiedereröffnung der Seeburg am 1. Mai erhalten mit Verschiebedatum bei ungünstiger Witterung am 3. Mai.

11.6 Postulat Einführung einer einheitlichen Zeit- und Leistungserfassung in der städtischen Verwaltung / Eingang

Die Ratspräsidentin: Von der FDP-Fraktion ist ein Postulat "Einführung einer einheitlichen Zeit- und Leistungserfassung in der städtischen Verwaltung" eingegangen. Es wird mit heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen. Ich schliesse die Sitzung und wünsche einen schönen restlichen Abend.

Sitzungsende: 21.15 Uhr

Beilage

- Postulat Einführung einer einheitlichen Zeit- und Leistungserfassung in der städtischen Verwaltung

Geht an

- Mitglieder Gemeinderat
- Personen gemäss separatem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Die Stimmenzählerin

FDP-Fraktion des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen
Christian Brändli, Fraktionspräsident
Unterseestrasse 36; CH-8280 Kreuzlingen
071 672 55 77



Postulat nach Art. 47 des Reglements des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen

Einführung einer einheitlichen Zeit- und Leistungserfassung in der städtischen Verwaltung

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Basis für eine einheitliche, einfach vorzunehmende Zeit- und Leistungserfassung für die Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung zu schaffen. Diese hat sicherzustellen, dass sowohl projektbezogene Tätigkeiten als auch allgemeine Verwaltungsaufgaben zwingend erfasst werden und damit eine transparente und einheitliche Grundlage für die Ressourcensteuerung geschaffen wird, ohne dafür neue Stellen zu schaffen.

Die Zeiterfassung (auf Basis Kommen und Gehen) soll vom «Standard- Projekt» auf die effektiven Projekte/Tätigkeiten umgebucht und angemessen ausgewertet werden. Des Weiteren ist zu prüfen, ob es dafür einer reglementarischen Grundlage bedarf, oder ob dies auf der Ebene von Verordnungen oder Richtlinien genügt.

Begründung: Eine moderne Verwaltung braucht klare Führungsinstrumente. Eine einheitliche Zeit- und Leistungserfassung schafft Transparenz über Tätigkeiten und Aufwand und bildet die Grundlage für eine gezielte Steuerung der Ressourcen und für faktenbasierte Priorisierung.

Gerade im Kontext von Aufgabenverzicht, Budgetkürzungen und der Diskussion um Stellenprozente ist es entscheidend, vorhandene Mittel effizient und nachvollziehbar einzusetzen. Messen – Analysieren – Optimieren ist kein Kontrollmechanismus im klassischen Sinn, sondern ein zentrales Element zeitgemässer Führung, strategischer Ressourcenplanung und wirkungsorientierter Budgetierung.

Dabei geht es um eine ganzheitliche Betrachtung, nicht um Mikromanagement. Die Erfassung schafft Klarheit für Führung und Mitarbeitende, stärkt das Kostenbewusstsein und ermöglicht faktenbasierte Entscheidungen.

Dieses Postulat ist ein pragmatischer Schritt zu mehr Effizienz, Transparenz und professioneller Steuerung in der städtischen Verwaltung.

Eine sinngleiche Motion wurde bereits im Grossen Rat unseres Kantons betreffend die kantonale Verwaltung eingebracht. Die Gemeinden Amriswil und Arbon sind betreffend ihre kommunalen Verwaltungen bereits in der Umsetzung.

Kreuzlingen, den 19.03.2026

Alexander Salzman
 Z. A. L.
 Fabrizio Riboni
 Fabian Neuweiler
 Judith Rickli
 A. Salzman
 Esther Schindler
 J. Schindler
 M. J. K.
 Wico Keller
 Stefan (GR Klausner)
 Regula Wiedl
 Georg (GR Schulthess)

 Rico
(GR Dufner)

Ana Brändli
Christian Brändli

Rene Köpfl
Julian Baumann
Edgar Kerschlin
Markus Kiegg

~~A Brändli~~





